

INFOSperber

Was hinter der «Affäre Markwalder» steht

Heinz Moser / 15. Mai 2015 - **Hinter dem Fall von Christa Markwalder spiegelt sich die Frage, mit welchen Staaten sich die Schweiz international verbandelt.**

Die hemdsärmelige Politik von Kasachstan ist in den letzten Wochen durch das unverfrorene Lobbying in Bern aufgefallen. Zuerst war es der ehemalige Botschafter Thomas Borer, der unter Argumentationsdruck geriet, dann die als Nationalratspräsidentin vorgeschlagene FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. Sie reichte zu Kasachstan eine von der Kasachstan-Lobby bis in den Text hinein beeinflusste Interpellation im Nationalrat ein und meint dazu gestern in einem Interview mit dem «Blick»: «Aber mein Vertrauen wurde durch die Lobbyistin Marie-Louise Baumann aufs Übelste missbraucht. Ich mag Menschen, und meine Gutgläubigkeit wurde mir nun zum Verhängnis.»

Christa Markwalder und der «Fall Kasachstan»

Markwalder wurde so zur Stichwortgeberin für eine verharmlosende Antwort des Bundesrates, der zur Korruption in Kasachstan diplomatisch antwortete, das Land sei wie die Schweiz Mitglied der Uno-Konvention zur Korruptionsbekämpfung. Und wörtlich: «Zudem unterstützt die Schweiz im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit ein Regionalprojekt zur Verbesserung der Verwaltung öffentlicher Finanzen und fördert damit die Transparenz und Rechenschaftspflicht.» Das wird Nursultan Nasarbajew, seit 1990 immer wieder gewählter Präsident von Kasachstan, gern gehört haben.

Denn Kasachstan ist kein unbeschriebenes Blatt in Sachen Korruption. Nach dem Korruptionsindex von «Transparency International» liegt Kasachstan auf dem 126. Platz von 174 Staaten. Dazu hat die deutsche Bundesregierung 2014 weniger freundlich festgehalten, die aktuelle Menschenrechtslage in der Republik Kasachstan sei nicht zufriedenstellend und bleibe hinter internationalen Standards und Verpflichtungen zurück.

Was in der Presse als Causa Markwalder abgehandelt wird, ist in Wirklichkeit ein «Fall Schweiz». So ist es kein Zufall, dass sich der der Bund bei Kasachstan zurückhält. Denn Kasachstan gehört zu den von der Schweiz präsidierten Stimmrechtsgruppen bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfonds. Dazu gehören auch Aserbaidschan, Kirgisistan, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan. Die Zentralasiatischen Staaten Kirgisistan, Turkmenistan und Tadschikistan sind dabei auf dem Korruptionsindex noch weiter hinten platziert.

Der «Fall Aserbeidschan»

Nicht besser als Kasachstan ist Aserbaidschan – auch Teil der Schweizer

Stimmrechtsgruppe – im Korruptionsindex platziert. Wie dort gefuhrwertet wird, zeigen die in einem Monat beginnenden ersten olympischen europäischen Spiele, die sich dessen Herrscher Ilham Alijew für hunderte vom Millionen leistet.

Im Fall der Spiele in Baku war es nicht so schwierig, die Spiele zu bekommen. Denn es ist die erste Durchführung der «European Games» – mit einem bescheidenen Feld von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. So schickt der Europäische Leichtathletikverband keine Athleten erster Wahl nach Baku. Immerhin können in Disziplinen wie Tischtennis, Triathlon und Schiessen direkte Olympia-Qualifikationen erreicht werden. Und anderen Sportarten wie Sambo oder 3x3 Basketball hoffen, dadurch einen Schritt in Richtung der Aufnahme ins Olympische Programm zu machen. Den Präsidenten Ilham Alijew ficht dies nicht an. Immerhin sollen rund 6000 Sportlerinnen und Sportler nach Baku gelockt werden, denen die Reise- und Logierkosten fast komplett bezahlt werden.

Und wo bleiben die Menschenrechte?

Hinter dem zügigen Aufbau der europäischen Spiele in Baku gibt es von Menschenrechtsorganisationen wie «Amnesty International» grosse Bedenken. Laut Liza Salza, Zentralasien-Koordinatorin bei Amnesty International Schweiz gehört Aserbaidshan zu den repressivsten Regimes in Europa. Wenn es für die Zahl der inhaftierten Aktivistinnen und Menschenrechtsverteidiger Medaillen gäbe, so würde Aserbaidshan ganz oben auf dem Treppchen stehen, sagt sie. Immer wieder würden Aktivisten, Journalisten und Oppositionelle bedroht, geschlagen und inhaftiert.

Dabei waren die Menschenrechtsverletzungen schon ein Thema, als 2012 der Eurovision Song Contest in Aserbaidshan durchgeführt wurde. Der deutsche Journalist Stefan Niggemeier, der damals vor Ort war, erinnert sich, wie Kritiker damals abgeschmettert wurden. Die Regierung in Baku sei sich bewusst, dass alle Blicke auf das Land gerichtet seien, hiess es da seitens der Eurovision. Die Veranstaltung könne deshalb einen Anlass für Verständnis und Fortschritt bieten. Nach Niggemeier sind jedoch mittlerweile von den damals Protestierenden fast alle im Gefängnis gelandet oder untergetaucht.

Wirtschaftliche Interessen in Zentralasien

Verharmlost und ausgeklammert wird die Menschenrechtsfrage auch im Fall von Kasachstan – nicht nur wenn das Wort «Menschenrechte» bei der Interpellation Markwalders von ihrer Lobbyistin dreist herausgestrichen wurde. So hat der ehemalige SVPLer und Unternehmer Peter Spuhler nach Verhandlungen mit der staatlichen Eisenbahn in Aserbaidshan gegenüber dem «Blick» kühl erklärt: «Wir können uns in den Verhandlungen nicht auch noch um die Menschenrechte kümmern.»

Das könnte auch das Leitmotiv der Schweiz beim Engagement für eine eigene Stimmrechtsgruppe beim Internationalen Währungsfond sein. Schliesslich gehört die Schweiz nach «Switzerland Global Enterprise» zu den zehn wichtigsten Investoren in Kasachstan. Erst vor wenigen Jahren hat Aserbaidshans staatliche

Energiegesellschaft Socar Esso Schweiz übernommen.

Doch es sind nicht nur bilaterale Wirtschaftsinteressen mit den Staaten Zentralasiens, welche die Schweizer Politik bestimmen. Denn mit der Leitung einer Stimmrechtsgruppe erstritt sich die Schweiz einen Machtzuwachs. Sie bekam einen neu geschaffenen Sitz in den Exekutivräten und in den ministeriellen Steuerungsausschüssen beider Körperschaften.

Dieser Zusammenschluss mit Autokraten aus dem zentralasiatischen Raum will zu einem Land, das sich als Hort der direkten Demokratie fühlt, nicht so recht passen. Wie die Lobbyisten herumfuhrwerken und wie Pressefreiheit und Korruption in vielen Ländern «unserer» Stimmrechtsgruppe zum Alltag gehören, zeigt eigentlich nur, dass Moral und Geschäft auch in der Schweiz zwei Paar Schuhe sind.

Themenbezogene Interessen (-bindung) der Autorin/des Autors

Keine.

Noch keine Meinungen

© 2015 SSUI